

AARGAUER WOCHE

Bevölkerung an Bern: Wir haben ein Ausgabenproblem

9. März 2026

Kolumne



(Bild: © Adrian Ehrbar Photography) Dr. Adrian Schoop ist Unternehmer und FDP-Grossrat im Kanton Aargau.

Die Welt ist unsicherer geworden. Auch die Schweiz steht vor einer sicherheitspolitischen Zeitenwende. Man weiss es, oder man steckt den Kopf in den Sand. Die Armee läuft auf dem Zahnfleisch. Die meisten wollen sie, nur kosten sollte sie nichts. Während die NATO – zumindest auf dem Papier – 5 Prozent der Wirtschaftsleistung in die Verteidigung stecken will, schaffen wir es nicht einmal auf ein Prozent. Für diesen mageren Batzen erhält man keine taugliche Armee, eher eine Alpenfeuerwehr, für die man sich das Geld jedoch gleich ganz sparen kann.

Darf man als Bürgerlicher so etwas sagen? Ja, man muss sogar! Es waren nicht die Linken, die unsere Landesverteidigung an die Wand gefahren haben. Die wollen die Armee ganz abschaffen und sind damit wenigstens konsequent. Eine Karre ohne Räder macht keinen Sinn. Das Schweizer Parlament hat – auch auf dem Papier – eine bürgerliche Mehrheit. Und diese Mehrheit wäre in der Verantwortung gewesen. Aber Wählergeschenke zu verteilen ist für die Wiederwahl naturgemäss bekömmlicher. Das Unangenehme beim Namen zu nennen und entsprechend zu handeln, ist riskant. Man will ja den gut gepolsterten Sitz im Bundehaus nicht verlieren.

Die Schweiz hat es sich bequem eingerichtet. Mehr und mehr wird umverteilt, subventioniert, Unsinn finanziert und die soziale Wohlfahrt ausgebaut. Wer arbeitet und Steuern zahlt, fühlt sich wie der Letzte am (leeren) Buffet.

Wer einmal am staatlichen Futtertrog steht, rückt keinen Zentimeter mehr zur Seite. Es läuft ja. Die Armee braucht viel mehr Geld. Im Bundeshaushalt kürzen? Undenkbar. Das heisst sofort Sozialabbau. Ein Schimpfwort mit eingebauter Empörungsgarantie. Und wer bloss das Ausgabenwachstum bremsen will, gilt bereits als kaltherziger «Sparer». So verkommt politische Sprache zur Nebelpetarde: Sie soll nicht klären, sondern kaschieren und am Ende vor allem die Besitzstände der eigenen Klientel sichern.



Die Armee ist kaputtgespart

Mit wohlklingenden Beschwichtigungen finanziert man keine Armee, die ihren Auftrag erfüllen kann. Seit Jahren wird schöngerechnet, vertagt und relativiert. Und wenn es dann ernst wird, greift man reflexartig zur gleichen Lösung: höhere Einnahmen. Also soll wieder die Mehrwertsteuer erhalten. Oder doch die Lohnnebenkosten? Hauptsache, der Staat bekommt mehr. Ob darunter Kaufkraft, Mittelstand und Wettbewerbsfähigkeit leiden, wird achselzuckend in Kauf genommen.

Zu lange wähten wir uns am Ende der Geschichte angekommen. Die Friedensdividende wurde gefeiert und fröhlich verkonsumiert. Unsummen flossen in den Ausbau des Sozialstaats. Die Zahlen sprechen eine klare Sprache. In den 1970er-Jahren lag der Anteil für die Landesverteidigung bei gegen 20 Prozent aller Bundesausgaben. Für das Jahr 2026 sind kaum noch 7 Prozent der Bundesausgaben für die Landesverteidigung vorgesehen.

Ein gegenteiliges Bild ergibt sich bei der sozialen Wohlfahrt: Im Jahr 1990 wurden etwas mehr als 20 Prozent aller Bundesausgaben unter diesem Titel ausgegeben, heute sind es bereits rund 35 Prozent. Wer sich jetzt immer noch wundert, wo die vielen Steuermilliarden hingeflossen sind, dem ist kaum noch zu helfen.

Im Kalten Krieg zählte die Armee bis zu 800'000 Soldaten. Heute sind es noch rund 140'000. Aber im Ernstfall wäre nur ein gutes Drittel davon voll einsatzbereit, weil den anderen zwei Dritteln schlicht die nötige Ausrüstung fehlt. Das ist kein Betriebsunfall, sondern systematisches Versagen der Verantwortlichen und Ausdruck politischer Bequemlichkeit.

Bern kann nicht sparen oder will nicht

Der Bundesrat hat im letzten Jahr mit dem Entlastungspaket 27 wenig ambitionöse Ziele formuliert. Das Wachstum der Ausgaben sollte von 3 auf 2 Prozent reduziert werden. Sparen geht anders, zumal die Wirtschaft nur etwa halb so schnell wächst und damit neue Defizite drohen. In der Wintersession hat das Parlament das Entlastungspaket in jeder Beratung weiter zurechtgestutzt, auf lächerliche 1.6 Milliarden Franken. Weniger als ein Drittel des ursprünglich identifizierten Einsparpotenzials von 5 Milliarden.

Fazit: Wollen wir einen Sozialstaat, der nur schon beim geringsten hybriden Cyberangriff kollabiert? Oder ist es nun wirklich höchste Zeit, das vorhandene Steuergeld in vernünftigeren Bahnen zu lenken?

Ihre Meinung zu diesem Thema interessiert uns. Schreiben Sie per Mail an:
schoop@aargauerwoche.ch

